



Dieter Kramer

Es gibt ein Genug

Lebensqualität, Enkelgerechtigkeit
und die kulturellen Dimensionen
zukunftsfähigen Lebens

Inhaltsverzeichnis

Nachhaltig nachhaltig!

<i>Vorwort von Michael Müller, Bundesvorsitzender der Naturfreunde</i>	9
Leitidee Nachhaltigkeit ernst nehmen	9
Die soziale und ökologische Gestaltung der Transformation	11
Die Rolle des Menschen	13
1 »Menschen können ...« statt »Wir müssen ...«	15
1.1 Prinzipien des guten Lebens	15
1.2 Apokalypse oder Reformfenster?	18
1.3 Warnung vor Missverständnissen	21
1.4 Die Themen	23
1.5 Krisenelastizität	25
2 Eine Wohlstandsgesellschaft zu Beginn der Menschheitsgeschichte: das Goldene Zeitalter	27
2.1 Frühe Nachhaltigkeit: Tausende von Jahren Party am gleichen Platz	27
2.2 Das Goldene Zeitalter	33
2.3 Andere Wohlstandsgesellschaften	36
2.4 Das eherne Zeitalter	38
3 Der gemeine Mann und sein Überleben	43
3.1 Gegen die Entwertung der Geschichte	43
3.2 Die Würde des gemeinen Mannes	49
3.3 Lebenswelten der einfachen Leute	51
4 Gemeinnutzen und Gemeinwohl als herrschende Prinzipien	57
4.1 Subsistenzarbeit, Gemeinschaftsarbeit, Erwerbsarbeit	57
4.2 Bäuerliche Familienwirtschaft	60
4.3 Gemeinnutzen als herrschendes Prinzip	65
4.4 Selbstorganisation und Gemeinnutzen	70
4.5 Die angebliche Tragödie der Gemeindewiesen	74
4.6 Der gemeine Mann in der Gesellschaft	77
4.7 Armut, Reichtum und Umverteilung in der Ständegesellschaft	79
4.8 Die Wurzeln von Sozialreform und Sozialpolitik	82

5	Nutzung des Reichtums: Suffizienz und Exzess, kulturelle Blüte in der Renaissance	87
5.1	Gutes Leben und mentale Infrastruktur	88
5.2	Reichtumsvernichtung ohne Folgen	90
5.3	Suffizienzstrategien des Alltags	92
5.4	Der Wechsel von Suffizienz und Exzess als Mittel der Stabilisierung	95
5.5	Askese und Klosterleben in Europa	98
5.6	Renaissance: Neue Bilder vom Menschen aus dem Schoß des Wohlstands	100
5.7	Diskurs und Dialog	104
5.8	Das Alter	106
5.9	Ausstrahlungen der Renaissance	107
6	Was nicht verloren gehen darf	111
6.1	Freiherr vom Stein und das Gemeinwohl	111
6.2	Selbstverständliche Gemeinwohltätigkeiten	116
6.3	Soziomoralische Ressourcen halten die Gesellschaft zusammen	118
6.4	Lebensqualität als Staatsziel	122
6.5	Der Markwald Garbenteich in Hessen	123
6.6	Jahrhundertealte Bewässerungssysteme (Waale) in Südtirol	128
6.7	Die Wiederentdeckung der Gemeinnutzen (Allmende)	133
6.8	Die digitale Allmende	139
6.9	Genossenschaften sind eine Möglichkeit	141
7	Versuche des souveränen Umgangs mit Reichtum in der Wohlstandsgesellschaft	147
7.1	Armut und Reichtum werden kulturell definiert	148
7.2	Singularitäten und Erlebnisgesellschaft	151
7.3	Suchbewegungen in der Prosperität	154
7.4	Der Umgang mit Zeit im Überfluss	158
7.5	Glückliche Arbeitslose	161
7.6	Wovon man träumen konnte: Reformfenster	166

8	Auf Kosten der Lebensqualität wird Wachstum gerettet	171
8.1	Die Entgrenzung der Bedürfnisse: Mandeville, Lassalle	172
8.2	Die Arroganz des Reichtums	175
8.3	Fortschritt als Selbstzweck (Hayek)	176
8.4	Abstumpfung und abnehmende Genussempfindung	178
8.5	Die Zerstörung der Prosperitätsgewinne	181
8.6	Marketing und Influencer	185
8.7	Globaler Luxuskonsum	189
9	Suchbewegungen, Pfade und molekulare Wandlungen	193
9.1	Der unspektakuläre Alltag: die große Normalität und die große Bereitschaft	194
9.2	Gemeinwohlökonomie als soziale Innovation	198
9.3	Der aktuelle Boom von Gemeinnutzen und Selbstorganisation	202
9.4	Design und »Gemeinsam nutzen«	207
9.5	Selbstorganisation und Kreativität im Alltag und in Krisen	209
9.6	Lebensplätze statt Arbeitsplätze: der informelle Sektor	212
9.7	Molekulare Wandlungen und Reformklima	216
10	Mobilität: Tourismus, Reisen und Auto	221
10.1	»Sanfter Tourismus«	222
10.2	Der Aufstand der Bereisten	227
10.3	Der Tourismus als Täter, Opfer und Hoffnungsträger	231
10.4	Loslösen von der imperialen Automobilität	239
11	Szenarien und Möglichkeiten: der Übergang in die Politik	247
11.1	Friedens- und zukunftsfähige globale Beziehungen	248
11.2	Vielfalt als Ressource	252
11.3	Neue Pfade sind möglich	261
11.4	Konturen eines anständigen Lebens mit Zukunft und Lebensqualität	270
	Zitierte Literatur	275

Für Susanne Enderwitz,
die viele Diskussionen mitgetragen hat

*Die Trends sind ohnehin alle negativ,
wir können uns getrost
den wenigen verbleibenden Chancen widmen.*

Igor Bestuschew-Lada (1984)

Ich danke meinem Studienkollegen Johannes Schmidt (Hamburg)
für die Durchsicht des Textes.

Nachhaltig nachhaltig!

*Vorwort von Michael Müller,
Bundesvorsitzender der Naturfreunde*

Die Umweltdebatte muss dringend auf neue Füße gestellt werden. Dieses Buch leistet einen Beitrag dazu. Die erste Phase – Aufklärung, Korrekturen und Sanierung – war durchaus erfolgreich, freilich doch zu wenig, um zu einer dauerhaften Umweltkompatibilität zu kommen. Dennoch kommt heute die öffentliche und politische Debatte nicht mehr an Bekenntnissen zum Umweltschutz vorbei. Trotzdem werden planetarische Grenzen überschritten, der ökologische Fußabdruck wird immer tiefer, und um 2040 wird eine globale Erwärmung um 1,5 Grad Celsius und gegen 2065 um 2 Grad Celsius erreicht werden. Soll die ökologische Selbstvernichtung großer Teile der Menschheit verhindert werden, geht es nicht nur um Teilkorrekturen, sondern um eine sozialökologische Gestaltung der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft.

Der US-Präsident Franklin Delano Roosevelt nannte die seltenen geschichtlichen Fenster, in denen durch das Erkennen von Wendepunkten, die handelnden Akteure und die konkreten Visionen eine geschichtliche Wende möglich wird, ein »Rendezvous mit dem Schicksal«. Darum geht es auch heute, obwohl die aktuelle politische Debatte davon weit entfernt ist, weil sie aus der Zwangsjacke scheinbarer Sachzwänge nicht herauskommt. Umso wichtiger sind Debatten, die uns zwingen, unter die Oberfläche zu schauen, längerfristige Trends zu verstehen und den Mut zu Utopien zu haben. Darum geht es in diesem Buch.

Leitidee Nachhaltigkeit ernst nehmen

Nachhaltigkeit ist mehr als Umweltschutz, sie besetzt das ganze gesellschaftliche, wissenschaftliche und politische Terrain und ist damit das genaue Gegenteil der kurzfristigen und verengten Gewinnmaximierung,

die heute alles dominiert. Die Globalisierung der offenen Märkte hat der Kritik am Kapitalismus neue Aktualität gegeben. Die Idee der Nachhaltigkeit ist wahrscheinlich die wichtigste Antwort darauf. Jedenfalls steht fest: Die gegenwärtigen Erschütterungen lassen sich nicht mehr durch tagespolitisches Handwerk vertreiben. Der Markt ist unfähig, für die Zukunft vorzusorgen. Es geht um die erneute Befreiung des Menschen.

Von daher ist der Vorrang der demokratischen Politik für eine sozial-ökologische Transformation notwendig. Die weitere Zukunft der Menschen ist für das Ziel eines guten Lebens für alle auf die Tragfähigkeit des Erdsystems angewiesen. Nachhaltigkeit wird zu einem kategorischen Imperativ, den Primat der sozialen Demokratie und der dauerhaften Naturverträglichkeit durchzusetzen. Was wir brauchen, ist eine neue und erweiterte Form der Emanzipation des Menschen mit dem Ziel der Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortung für die Menschheit.

Die Verbindung von Innovationen, Wohlfahrtsstaat und ökologischer Verträglichkeit macht ein gelungenes und solidarisches Leben für alle möglich. Das ist das Fundament der Nachhaltigkeit, für die wir schnell einen Aufbruch brauchen, der die Menschen fördert, fordert und mitnimmt – und der auch der Europäischen Union eine Perspektive in der zusammenwachsenden, aber verletzlichen Welt gibt. Die Ziele sind ein nachhaltiges Deutschland und eine nachhaltige Europäische Union.

Im Brundtland-Bericht der Vereinten Nationen bedeutet Nachhaltigkeit eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generationen in einer Weise befriedigt, dass künftige Generationen das in angemessener Weise auch tun können. Entscheidend dafür wird die soziale und ökologische Qualität. Eine nachhaltige Entwicklung baut die Brücke zwischen Arbeit und Umwelt, zwischen Sozialstaat, Demokratie und ökologischer Modernisierung, zwischen Umweltbewegung, Gewerkschaften und Sozialverbänden. Sie ermöglicht die Wende von der ersten zur zweiten Moderne, die wir dringend brauchen.

Die soziale und ökologische Gestaltung der Transformation

Das Verständnis einer sozialökologischen Transformation stammt aus den Arbeiten des Wiener Wirtschaftsanthropologen *Karl Polanyi*. Er arbeitete die analytischen Grundlagen heraus: »Wir vertreten die These, dass die Idee eines selbstregulierenden Marktes eine krasse Utopie bedeutet. Eine solche Institution könnte über längere Zeit nicht bestehen, ohne die menschliche und natürliche Substanz der Gesellschaft zu vernichten.« Die Radikalisierung der Marktkräfte missachtet den Wert der Natur, die neoliberale Ideologie geht von einem unendlichen Wachstum aus. Ohne Rückbindung an die Lebenswelten und Ökosysteme werden Arbeit, Natur und Geld zu nichts als Waren. Die Marktkräfte erniedrigen menschliche Tätigkeiten, erschöpfen die Natur und machen Wirtschaft und Währung krisenanfällig.

Seit den ökonomischen Instabilitäten der letzten Jahrzehnte rücken neben der Transformationsstrategie auch wieder die Arbeiten von *Joseph A. Schumpeter* stärker ins Zentrum. Dabei lassen sich durchaus Brücken zu Polanyi schlagen. Neben der Rolle der Unternehmer geht es Schumpeter insbesondere um »lange Wellen der Konjunktur«. Der makroökonomische Ansatz ist hilfreich, längerfristige Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und die Infrastruktur auf die heraufziehenden Veränderungen auszurichten. Die strategische Bedeutung für die Transformation liegt von daher in einer Reformstrategie, die frühzeitig den wirtschaftlichen Entscheidungen einen entsprechenden Rahmen setzt, der soziale Gerechtigkeit und ökologische Verträglichkeit miteinander verbindet und mehr Demokratie verwirklicht. Die Frage ist nicht, ob der Staat dafür interveniert, sondern wo und wie – mit dem Ziel, mehr Allgemeinwohl, Gerechtigkeit, Demokratie und Bürgerbeteiligung gemeinsam zu verwirklichen.

Aufklärung, Vernunft, Verantwortung und Solidarität sind die eine Seite der sozialökologischen Transformationsstrategie. Die andere Seite ist die Anerkennung der Endlichkeit der Ressourcen und der Begrenztheit unseres Planeten. Auch für die soziale Verträglichkeit muss die *Umweltkompatibilität* zur zentralen Vorgabe für technische und wirtschaftliche

Entscheidungen werden. Das setzt voraus, die falsche Interpretation der Idee der *Linearität* zu überwinden, die aus der jüdisch-christlichen Tradition stammt und die europäische Moderne geprägt hat. In den letzten zwei Jahrhunderten wurde nämlich der Gedanke des Fortschritts auf die Entfaltung der technisch-ökonomischen Produktivkräfte verengt. Dabei geriet der emanzipatorische Gehalt der Fortschrittsidee ins Hintertreffen, der, historisch bedingt, auf wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt ausgerichtet wurde statt auf die Entfaltung und Freiheit des Menschen durch die Überwindung von Zwängen und Abhängigkeiten.

Auf die (unvollendete) Moderne wird alles ausgerichtet, allenfalls werden noch Vorläufer der Moderne anerkannt. Und wenn die Moderne allzu krisenhaft erscheint, dann wird sie mit einer Zweiten Moderne oder Modernisierung der Moderne gerettet. Was wir wollen, ist, dass unser Land zum Vorreiter der Zweiten Moderne wird – sozial und ökologisch.

Wir brauchen deshalb die Wende hin zu einer möglichst weitgehenden Kreislaufwirtschaft auf entropischer Basis, zur Stärkung der öffentlichen Güter, zu der Modernisierung des Ordnungsrechts und einer Internalisierung der externen Effekte, zu einem Zukunftsprogramm für Arbeit und Umwelt und der Modernisierung der Infrastruktur. Die Voraussetzung der Ökologisierung ist die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, die in ihrer Endlichkeit und Begrenztheit begrenzt sind. Die Sicherung menschlichen Lebens setzt eine *dauerhafte Umweltkompatibilität* voraus.

Der sozialökologische New Deal wird möglich, wenn die Reproduktion der Naturressourcen in die Wirtschaftsprozesse eingeordnet wird. Die Sicherung des Ökokapitals erfordert, dass der Zuwachs der *Ressourcenproduktivität* dauerhaft über dem des wirtschaftlichen Wachstums liegt. Die sozialökologische Transformation muss rechtlich, normativ und institutionell in den Modus der wirtschaftlichen Entwicklung eingebaut werden. Das ist die Systemänderung, um die es heute geht:

- (1) Die *Neuordnung der Reproduktionskreisläufe* nach ökologischen Zielsetzungen muss ein fester Teil des Wirtschaftsprozesses werden.
- (2) Die Transformation muss mit einer *Veränderung der Produktions- und Konsumweise* verbunden werden.

- (3) Der Kern der Nachhaltigkeitsidee ist die *Unterscheidung von Wachstum und Entwicklung*. Entwicklung ist nach menschlichen Maßstäben endlos, Wachstum ist das nicht.
- (4) Dazu bedarf es einer *gezielten Selektion* in der wirtschaftlichen Entwicklung durch Gesellschaft, Recht, Kultur und Politik sowie einer Verbindung von Ressourcenbewirtschaftung und Kreditlenkung in Investitionen und Forschung.
- (5) Das zusammen sind die Voraussetzungen für Nachhaltigkeit.

Der Mensch ist der Hauptakteur des globalen Wandels, er hat mit den heutigen technisch-ökonomischen Bedingungen die Natur ausgegrenzt. Deshalb ist eine Reintegration der Natur in die Gesellschaft notwendig. Das Anthropozän, die Erdepoche, in der wir heute leben, wird überwiegend als Niedergang der menschlichen Zivilisation interpretiert. Die Gefahren sind nicht zu bestreiten, sie sind real. Aber das Anthropozän eröffnet auch die Chance, dass gerade durch die neue Dimension der ökologischen Herausforderungen, die den Zusammenbruch der Menschheit denkbar machen, eine »Rückkehr des Menschen« möglich wird. Das Ziel ist deshalb die Stärkung des Menschen, damit er die Rolle einer sozialen und ökologischen Gestaltung einnimmt. Dafür brauchen wir eine neue Art und Weise, unsere kollektive Existenz zu denken. Von daher ist das Anthropozän ambivalent zu verstehen. Es kann mit dem drohenden Ende der Menschheit gleichgesetzt werden, jedoch auch die Chance für einen Neuanfang sein. Das Anthropozän kann die Trennung von *res naturae* und *res humanae*, von Natur- und Menschheitsgeschichte, überwinden. Dafür muss auch die Zusammenarbeit zwischen Naturwissenschaft und Sozial- und Geisteswissenschaft weiter intensiviert werden.

Die Rolle des Menschen

Die Menschen nehmen eine Sonderstellung ein, aus der heute die Übernahme politischer und ethischer Verantwortung für den Erhalt menschlichen Lebens auf der Erde erwachsen kann, also die Verantwortung des Menschen für die Menschheit. Dieser *neue Humanismus* muss sich gegen

das falsche technokratische Paradigma und die ökonomischen Verwertungszwänge durchsetzen. Das Anthropozän wird zum Aufruf, die technischen Abhängigkeiten und ökonomischen Zwänge unserer Zeit zu überwinden, indem mehr Demokratie und Gerechtigkeit verwirklicht werden.

Ökologische Politik muss an die zentralen Ideen der europäischen Moderne von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit anknüpfen, sie erneuern und erweitern. Der Schutz der Natur ist damit eine zutiefst *soziale Aufgabe*, die zum Wettlauf mit der Zeit wird. Schon heute treffen die Folgen des Klimawandels besonders die ärmsten Regionen der Welt. Selbst in der Europäischen Union gehen die Folgen zuerst zulasten ärmerer Schichten. Die Zunahme sozialer Ungleichheit spitzt auch die Umweltgefahren zu. Soziale Gerechtigkeit und ökologische Verträglichkeit müssen prinzipiell in einem Zusammenhang gesehen werden.

Mit der sozialökologischen Gestaltung der Transformation wird die politische Verantwortung übernommen, dauerhaft zu einem sozial gerechten und umweltverträglichen Leben zu kommen. Das erfordert eine Gesellschaft der Solidarität und Freiheit, einen Staat, der in die Zukunft investiert, ein weltoffenes Europa, das zur Zähmung der multinationalen Konzerne und Finanzinstitutionen beiträgt. Dieter Kramer setzt auf die Fähigkeiten der Menschen zu Aufklärung und Vernunft, auf ihren Willen zur Erkenntnis, auf ihre Sehnsucht nach Freiheit und auf ihre Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Und nicht zuletzt auf das Prinzip des Gemeinwohls, das aus der Sozialethik kommt und – umgesetzt in der Leitidee der Nachhaltigkeit – auf eine generationsübergreifende Gerechtigkeit abzielt.

Das ist ein schöner Traum, und er ist zutiefst europäisch, wenn der Fortschritt, der vom europäischen Kontinent ausgegangen ist und, wie *Max Weber* es beschreibt, zum Weltmodell wurde, von uns selbst korrigiert wird. Damit allein können die globalen Probleme natürlich nicht gelöst werden, aber wir können viel anstoßen und positiv bewegen. Ein besseres Leben wird möglich. Unser Land wird so zu einem wichtigen Vorreiter der zweiten Moderne. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

9

Suchbewegungen, Pfade und molekulare Wandlungen

Für den Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft scheint es wenig Chancen zu geben. Aber vielleicht ist alles gar nicht so dramatisch? Warum soll nicht möglich sein, was unter ganz anderen Bedingungen in der früheren Menschheitsgeschichte gelungen ist? Auch mit Überfluss umzugehen haben die Menschen seit dem Goldenen Zeitalter gelernt, und immer wieder gibt es Phasen, in denen Reichtum in Lebensqualität umgewandelt wird, ohne die Zukunft zu verspielen, und sogar breite Schichten konnten zum Beispiel in der Renaissance davon profitieren. Nicht alle technischen Möglichkeiten müssen auch genutzt werden. Bei der Suche nach Lebensqualität gibt es ein Genug. Viele Gemeinnutzen werden zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder entdeckt, Selbstorganisation ermöglicht es, neue zu schaffen oder überkommene Formen zu reaktivieren. In günstigen Fällen leiten sich damit molekulare (modulare) Wandlungen ein, die Konturen einer solidarischen Lebensweise erfahrbar machen. Wenn von da aus Pfade in die Politik (als der für die gesamte Gesellschaft relevanten Sphäre) eingeschlagen werden, gibt es Chancen für Wege zu einer dauerhaften Postwachstumsgesellschaft. In ihr muss es möglich sein, Wachstum sozialökologisch zu regulieren und aus Wohlstand Lebensqualität zu gewinnen, ohne die Lebenswelt zu zerstören. Das muss freilich global wirken.

9.1 Der unspektakuläre Alltag: die große Normalität und die große Bereitschaft

Dass es heute trotz großen gesellschaftlichen Reichtums so viel Elend und Not, so viel Kinderarmut, so viel Vernachlässigung und Altersarmut gibt, zeugt von keinem guten Umgang mit dem aktuellen Reichtum. Die Suche nach *neuen Wohlstandsmodellen* und neuen Konsumformen hat eigentlich unter diesen Bedingungen Chancen. Ein Wandel kommt zustande, indem eine Vielzahl von Akteuren in den kleinen und großen Arenen der Gesellschaft andere Prioritäten schaffen und, durch Konflikte hindurch und über Rückschläge hinweg, neue Routinen und Strukturen setzen. Ein solcher Prozess ist weder planbar noch gar prognostizierbar, er kann aber mit einer Mischung aus Realitätssinn hier und da antizipiert werden.

Die Jahre einer halben Generation etwa wurden gebraucht, um die Normalität eines Ökodesigns in Wirtschaft und Alltag mindestens ansatzweise präsent zu machen. Es ist inzwischen an der Zeit, weiterreichende Strategien zu diskutieren und das Vordenken auf neue Konsumszenarien zu lenken, in denen moderne Industriegesellschaften als wirklich nachhaltig wirtschaftende Gesellschaften vorstellbar werden. Große Erfolge und viel Anerkennung könnten jene Kultur und jene Gesellschaft erlangen, die Kulturmuster entwickeln, in denen Menschen unter den Bedingungen der Moderne Individualität, Freiheit, Menschenwürde und zufriedenstellende materielle Standards ohne Wachstumszwang realisieren können. Eine solche Gesellschaft würde den Menschen mehr Kompetenzen und Spielräume bei der selbstständigen Sicherung ihrer Lebensverhältnisse gewähren können, weil sie nicht überall olympiareife Belegschaften braucht, und sie würde den Menschen nicht Jobs andienen, die niemand länger als zehn, fünfzehn Jahre durchhält. Sie könnte die Not der Zweidrittelgesellschaft durch Solidarität lindern und nicht dadurch, dass sie den Armen erlaubt, in minderen Jobs Autos und Hunde der Reichen zu pflegen, wie nach den Ideen von Mandeville oder der klassischen Ökonomie von Hayek (s. Kapitel 8.3). Und sie würde nicht die Steigerung der *materiellen*, sondern der *humanen* Bedürfnisse zum Stachel ihrer Entwicklung und Kultur machen. Diese Gesellschaft braucht auf der Ebene

der Attraktivität den Wettstreit der Zivilisationen nicht zu scheuen. Sie braucht ihn aber nicht mit den Mitteln der Machtpolitik des militärisch-industriellen Komplexes zu führen, und sie müsste sich nicht permanent Ressourcen und Völker untertan machen. Ist das eine zu optimistische Perspektive? Ist sie zu sehr von Intellektuellen, Künstlerinnen und Künstlern geprägt? Aber auch die Ideen der Renaissance prägten das Alltagsleben weit über alle Standesgrenzen hinaus.

Die Chancen für einen Ausweg aus der Krise der Wachstumsgesellschaft scheinen in Europa erkennbar zu werden, wenn man für die Gegenwart danach fragt, wie denn eigentlich der Alltag der meisten Menschen aussieht. Man kann dann von einer durchaus unspektakulären »großen Normalität« sprechen. Sie bezieht sich auf *Altersgruppen*: Jugendliche, in der Alterspyramide eine deutlich eingrenzbare Gruppe, entwickeln besondere Lebensformen. Sie sind in der Exzessphase des Lebens. Auch Castiglione (1478–1529) macht sich darüber Gedanken. Und er denkt darüber nach, warum ältere Menschen immer meinen, früher sei alles besser gewesen (s. Kapitel 5.8). »Halbstarke«, die Schimpfbezeichnung für die Heranwachsenden in meiner Jugend, orientieren sich an der Jugendkultur der USA. Sie werden später in den meisten Fällen brave Familienväter. Gern werden heute auffallende neue Lebensentwürfe junger Menschen vorgestellt, auch wenn es um Geschlechterzuordnung, Sexualität und Paarbeziehungen geht. Die große Normalität darf über den Abweichungen nicht aus dem Blickfeld geraten.

Die Stadt, die Großstadt mit der Lebensweise ihrer Bürger, verliert ihre Sonderstellung, wenn man auf die Gesamtsituation blickt. Die meisten Menschen leben in Deutschland immer noch in kleineren Städten und auf dem Land. Und wenn weltweit die Megastädte wachsen, dann wird bei allen fantasievollen neuen Interpretationen gern übersehen, dass Subsistenzlebensformen weit in diese Megastädte hineinwachsen (BASF SE 2019). Stadt-Land-Beziehungen spielen dabei eine große Rolle; irgendwoher müssen die Menschen ihre Überlebensmittel beziehen. Seit den Freedom Gardens in San Francisco im Zweiten Weltkrieg und seit Fidel Castro in Kuba damit die Folgen des EU-Embargos zu vermindern versucht, ist Urban Gardening inzwischen vielerorts übernommen

worden. 2019 hat die Bundesregierung Förderung dafür versprochen. Einst produzieren in der DDR Kleingärten bedeutende Teile des Alltagsbedarfs an frischen pflanzlichen Lebensmitteln (s. Kapitel 6.7; Dietrich 2018: S. 1652).

Eine winzige Minderheit nur sind jene »neuen Urbanisten« oder Kosmopoliten etwa unter Künstlern, die behaupten, sie würden permanent in Hotels leben. Selten erwähnen sie dabei, dass sie sich immer wieder bei stationär lebenden Freunden aufhalten oder dass irgendwo eine Mutter lebt, bei der sie ihre Ressourcen von Kleidung, Papieren und so fort deponieren können. »Meine Kinder sollen immer wissen, dass sie in ihrem elterlichen (mütterlichen) Haus noch eine Bleibe, ein Zimmer haben, auf das sie rechnen können«, sagt eine Mutter – das geht natürlich nicht immer, ist aber ein Trend.

Normal und nicht ungewöhnlich ist in der Gesamttendenz der individuelle Konsum: Für die meisten Dinge weiß man, was genug ist, auch wenn man an jeder Ecke aufgefordert wird, es zu vergessen. Selbst der Kleiderschrank ist nicht beliebig vergrößerbar (auch Bücherregale nicht, wie mir schmerzhaft bewusst wird). Der Kontostand erinnert an die Grenze der Begierden, und »Shopping« spielt nicht überall eine zentrale Rolle. Kaufsucht und Überschuldung sind Ausnahmen.

Zugespitze journalistische Interpretationen mögen beeindrucken und für Probleme sensibilisieren, aber es gibt in der Regel auch die Möglichkeit, eine andere Seite zu betonen. Die Ethnologie hat bei ihren Forschungen immer wieder gemerkt, wie unterschiedlich Befunde interpretiert werden können: Was Margaret Mead in ihren einflussreichen Studien als freizügiges, wenig repressives sexuelles Leben interpretiert, wird in anderen Studien als höchst zwanghaft enthüllt (Freeman 1983). »Re-Studies«, erneute Studien zum gleichen Sachverhalt durch andere oder sogar die gleichen Forscher, kommen manchmal zu erstaunlich unterschiedlichen Ergebnissen. Man kann nachdenklich werden, aber oft hat keine Seite allein recht. »Die Wahrheit sind immer zwei«, sagt ein Sprichwort aus Mosambik.

Unspektakulär ist, abgesehen von Alkohol und Zigaretten, auch der *Drogenkonsum*. Die meisten Konsumenten von Drogen nehmen sie kon-

trolliert zu sich, trotz der Ausrutscher und des verbreiteten Alkoholismus. Die Kölner Ausstellung »Rausch und Realität« (Völger 1981) hat darauf aufmerksam gemacht, dass in wohl allen Gesellschaften bewusstseins-erweiternde Drogen bekannt sind, aber der Konsum wirksam sozial kontrolliert wird. Bei der Kerb (Kirchweih) in unserem Dorf helfe ich beim Bierausschank: »Der kriegt nichts mehr, der hat schon zu viel«, wird mir von einem aus der Jugendfeuerwehr gesagt, als ein anderer noch Bier will.

Zu der *großen Normalität* tritt ergänzend die *große Bereitschaft* hinzu. In ihrem sozialen Umfeld sind viele Menschen bereit zu Rücksicht, Toleranz, Mitarbeit, Hilfe. Das hat sich bei der Migrationswelle von 2015 gezeigt. Fremdenfurcht ist nur eine der den Menschen möglichen Reaktionen, genauso wichtig sind die Neugier auf Fremde(s), aber auch Mitleid und Hilfsbereitschaft. Fremdenfurcht kann politisch instrumentalisiert werden, genauso aber auch die andere Seite. Längst sind inzwischen auch in unserem Dorf Fremde als fleißige Menschen integriert.

Interessen-, Gemeinschafts- und Geselligkeitsorientierung sind die Motive für die Einzelpersonen, wenn es um freiwillige Tätigkeiten im Zusammenleben geht (Schlussbericht 2008: S. 262). Das Ehrenamt, das bürgerschaftliche Engagement (s. Kapitel 6.2, 6.3), aber auch die unaufgeforderte Eigeninitiative sind im sozialkulturellen Umfeld Selbstverständlichkeiten, sonst gäbe es keine Vereine und keine Gemeindeaktivitäten der Kirchen, keine Ortsvereine der Parteien. Das gilt auch für die Großstädte, in denen Aktivitäten im Stadtteil (»Kiez«) immer eine Rolle spielen. Man kann sie fördern, und das Programm »Kultur für alle« zielt auf lebendige und anregungsreiche kulturelle Milieus überall. Die Schülerinnen und Schüler, die nach dem Vorbild der Schwedin Greta Thunberg seit Frühjahr 2019 jeden Freitag für eine bessere Klimapolitik demonstrieren und die Parteien vor sich hertreiben, zeugen von der großen Bereitschaft, sich zu engagieren.

Und es gibt schließlich die »große Suffizienz«, die große Fähigkeit, Grenzen zu setzen. »Genügsamkeit« des Alltags wird von vielen sehr bewusst praktiziert, nicht allein des Geldbeutels, sondern auch der Lebensqualität wegen. Denn man weiß: Wem die Begrenzung nicht gelingt, der scheitert. Mit dem Wissen um ein Genug hängt der Blick in die Zukunft

zusammen. Beim Handeln werden die möglichen Folgen für die eigene Zukunft, auch für die Mitmenschen und die Nachkommen berücksichtigt. »Enkelgerechtigkeit« schließt die unmittelbare Fürsorge für die Enkel (beiderlei Geschlechts) ein. Es ist nicht nur eine allgemeine Sorge, sondern auch eine praktische: Reale Transferleistungen von Großeltern zu Enkeln spielen eine große Rolle (Geschenke, Barleistungen, versprochene Erbschaften). Betrüger nutzen diese Bereitschaft gern aus und ergaunern Geld mit dem »Enkeltrick«: Sie behaupten, der (ein) Enkel sei in unmittelbarer Not und brauche dringend finanzielle Hilfe.

Dass viele ältere Menschen darüber nachdenken und Vorkehrungen treffen, wem aus der Familie denn was aus der Erbschaft zufallen soll, ist vielen selbstverständlich. Die großen Erbschaftsstreitigkeiten in den Milieus der Reichen sind nicht Alltag. Vielleicht eher die Ausnahme ist die Frage zur Familie: »Vertragt ihr euch noch, oder habt ihr schon geerbt?«

9.2 Gemeinwohlökonomie als soziale Innovation

In der Hessischen Verfassung von 1946 heißt in Artikel 44: »Das Genossenschaftswesen ist zu fördern.« Auch in Italien hat Selbsthilfe in Form von Genossenschaften 1947 Verfassungsrang bekommen. Die »Wiederentdeckung« der Potenzen der Genossenschaften gehört zu den zivilgesellschaftlichen Innovationen, die entstehen, wenn Individuen auf die Krisenphänomene der Marktgesellschaft mit eigenen Aktivitäten antworten. »Genossenschaften im Bereich der Energieversorgung, Erzeuger-Verbraucher-Vereinigungen, Wohnungs- oder Kreditgenossenschaften zeichnen sich durch ein hohes Maß an Gemeinsinn aus«, betont die Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestags (Schlussbericht 2013: S. 670). Hindernisse dafür sollen abgebaut werden. Die »Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen« ebenso wie die »Solidarische Ökonomie« mit ihren »Nutzungsgemeinschaften« (müsste man nicht Nutzerinnen- und Nutzergemeinschaften sagen?) sind »auf lokale Beziehungen angelegt« und sollen gefördert werden. »Es geht aber ... immer auch um die vielfältigen Dimensionen der nicht-marktförmigen Reproduktion von Menschen, Gesellschaft und Natur, Freiwilligen- und

Sorgearbeit ist genauso wichtig wie jene ›Dienstleistungen‹ der Natur, die keinen Preis haben.« (Ebd.: S. 670, 647; s. Kapitel 4.1)

In Österreich wird über die Neugestaltung von Genossenschaften nachgedacht (Kramer 2016b: S. 129). Eine andere soziale Innovation hat der Österreicher Christian Felber angeregt. Ausgehend von der »multip-len«, auf viele lokale wie globale Probleme bezogenen Krise der Marktgesellschaft, entwickelt er eine Gemeinwohlökonomie (Felber 2010: S. 7, 24). Er liefert Vorschläge, wie sie organisiert, definiert und gemessen werden kann. Es ist ein Wirtschaftsmodell, bei dem Aspekte wie Menschenwürde, Solidarität, Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Umwelt, Mitbestimmung und kleine Kreisläufe berücksichtigt sind. Auf praktische Messbarkeit wird besonderer Wert gelegt. Eine Matrix für eine Gemeinwohlbilanz geht daraus hervor (ebd.: S. 32 f.).

Eine solche Bilanz gibt es 2015 bei der *TAZ Die Tageszeitung* (Berlin). Die gesamte Praxis dieser Zeitung wird in allen Bereichen an dieser Matrix gemessen, auch beim Beschaffungs- und Finanzmanagement, ebenso bei der ökologischen Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen und so fort (taz gemeinwohl Juli 2015). Für jeden Bereich können Punkte vergeben werden, die dann Auskunft darüber geben, wie weit die Ziele erreicht werden. Für andere Unternehmen gibt es ebenfalls welche. Sogar eine Zahnarztpraxis in Berlin hat sich entsprechend aufgestellt.

Die Südtiroler »Gemeinwohl-Region Vinschgau« in der Bezirksgemeinschaft Vinschgau strebt Ziele der Gemeinwohlwirtschaft an. Vier Pilotgemeinden sind beteiligt: Laas, Latsch, Mals und Schlanders. In ihrer Selbstdarstellung (abgerufen Dienstag, 12. März 2019) heißt es:

-
- »Die Gemeinwohlbilanz misst unternehmerischen Erfolg in einer neuen Bedeutung. Die Wirtschaft soll dem Gemeinwohl dienen, und auf der Unternehmensebene kann das durch die Bilanz (zusammen mit dem Gemeinwohlbericht) belegt werden. Der Finanzgewinn ist zu aussageschwach in Bezug auf die eigentlichen Ziele des Wirtschaftens: Schaffung von Nutzwerten, Bedürfnisbefriedigung, Sinnstiftung, Teilhabe aller, Mitbestimmung, Geschlechterdemokratie, ökologische Nachhaltigkeit, Lebensqualität. Der Finanzgewinn sagt nichts über die

Mehrung des Gemeinwohls aus. Er kann steigen, wenn die Lieferantenpreise gedrückt werden, MitarbeiterInnen trotz Gewinn entlassen, Steuern vermieden, Frauen diskriminiert werden oder die Umwelt ausgebeutet wird. Der Finanzgewinn wird nur in Geld gemessen, und Geld kann nur Tauschwerte messen, jedoch keine Nutzwerte – deren Verfügbarmachung und Verteilung doch der eigentliche Zweck des Wirtschaftens ist. Finanzgewinn ist in der Gemeinwohl-Ökonomie nur noch Mittel zum Zweck. Der Zweck: die Gemeinwohlmehrung. Finanzgewinn darf nicht mehr maximiert und nicht mehr um jeden Preis erhöht werden. Er muss dem neuen Zweck als Mittel dienen. Mit der Gemeinwohlbilanz wird endlich das gemessen, was wirklich zählt. Die Gemeinwohlmatrix ›schneidet‹ mehrheitsfähige Grund- und Verfassungswerte – Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie – mit den Berührungsgruppen (Stakeholdern) des Unternehmens: Beschäftigte, Zulieferer, KundInnen, GeldgeberInnen, Souveräne, zukünftige Generationen, Natur. Die an den Schnittstellen formulierten 17 Gemeinwohllindikatoren sollen eine Beurteilung von unternehmerischem Verhalten bzw. dessen Beitrag zum Gemeinwohl ermöglichen. Die Gemeinden im Vinschgau fragen sich ähnlich wie die Unternehmen, die eine solche Bilanz erstellen: ›Wer sind unsere Lieferanten in den öffentlichen Einrichtungen, also etwa bei der Schulausspeisung, im Altersheim, bei den Sportstätten. Wer sind die Firmen, mit denen wir zusammenarbeiten, und wie sieht deren Arbeitsweise aus. Sind das Unternehmen, die auf nichts anderes als die Gewinnmaximierung schauen, oder achten sie auch auf ihre Mitarbeiter oder ob die Arbeitsprozesse umweltverträglich ablaufen.« (Handbuch zur Gemeinwohlbilanz für Gemeinden Version 1.0, Stand Dezember 2015 www.ecogood.org)

Die Gemeinden bevorzugen dann jene Unternehmen, »die ebenfalls gewisse soziale und umweltverträgliche Standards einhalten«. Den Befürchtungen, dass dadurch für die Betriebe »die Produkte teurer werden und man somit nicht mehr wettbewerbsfähig« werden könne, werden langfristige Effizienzverbesserungen gegenübergestellt, und damit sollen auch Kosteneinsparungen verbunden sein. »Für die Gemeinden

ist auf jeden Fall zu beachten, dass damit lokale, zumindest regionale Arbeitsplätze und damit auch Kaufkraft gesichert werden. Öffentliche Aufträge sollen gebunden werden an soziale und ökologische Standards und in der Region bleiben. Gemeinden können sich verpflichten, ihre Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die soziale und ökologische Standards einhalten (oder auch quotieren, bezogen auf Frauen oder schwer vermittelbare Personen).« (Ebd.) Die Autonome Provinz Bozen-Südtirol hat in Artikel 36 des Finanzgesetzes (LG Nr. 15/2011) eine Möglichkeit festgeschrieben, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ab dem EU-Schwellenwert Sozialklauseln vorzusehen, die eine angemessene Zahl von Punkten für soziale Verpflichtungen der Bieter ermöglichen.

So bleibt Kaufkraft in der Region und kann dort wieder eingesetzt werden. Projekte mit Lokalwährungen in Notzeiten verwenden das gleiche Prinzip. Vermutlich gibt es in anderen Regionen und Staaten weitere interessante Innovationen dieser Art. Auch wenn sie auf die Politik der Staaten und der EU noch wenig Einfluss haben, so tragen doch alle dazu bei, überkommene Strukturen zu relativieren und andere Wege denkbar werden zu lassen. Immer mehr Menschen können sich vorstellen, sich mindestens teilweise auszuklinken aus dem Hamsterrad des Konsumzwangs (Paech 2012).

Schon vor dem Ersten Weltkrieg werden in Deutschland in den Kommunen, in denen Sozialdemokraten genügend einflussreich sind, öffentliche Aufträge nur an Firmen vergeben, die tarifgebunden sind. In dieser Zeit spielt der in England entstandene »Munizipalsozialismus« auch in Deutschland eine Rolle. Sein Ziel ist es, kommunale Infrastruktur zum Wohle aller Einwohner unter Kontrolle staatlicher Verwaltungen zu stellen. Eine Infrastruktur »zu einem sozial verträglichen Preis ohne Anstreben von Gewinnmaximierung« (Wikipedia 04.08.2019) soll entstehen. »Einher ging mit der Kommunalisierung der Infrastruktur der Beginn der wissenschaftlichen Stadtplanung, die die Soziale Frage des 19. Jahrhunderts auch mit technischen Lösungen, etwa zur Verbesserung der Hygiene, beantworten wollte.« (Ebd.) In Wien entsteht in dieser Zeit

mit dem Bürgermeister Lueger ein vorbildliches Stadtmanagement. Ein Taschenbuch für Kommunalpolitiker, herausgegeben vom Redakteur der Zeitschrift *Kommunale Praxis*, bündelt für die Weimarer Republik die Ansätze sozialdemokratischer Kommunalpolitik (Noack 1922). Heute verpflichten sich viele Gemeinden, Aufträge nur an Betriebe zu vergeben, die selbst und mit ihren Subunternehmern die Mindestlöhne und Sozialstandards einhalten. All dies kann Folgewirkungen haben, kann aber auch bedroht werden durch die Pflicht, neoliberalen marktwirtschaftlichen Standards zu genügen (N. Klein 2007).

9.3 Der aktuelle Boom von Gemeinnutzen und Selbstorganisation

Es gibt nicht nur die »große Normalität«, sondern auch »kleine Selbstverständlichkeiten«. Unsere Evangelische Kirchengemeinde Weisel-Dörscheid in Rheinland-Pfalz schreibt 2019 im Gemeindeblatt die Pacht für die ihr gehörenden landwirtschaftlichen Flächen neu aus und weist darauf hin, dass es ein gesamtkirchliches Muster der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) gibt, dessen Bewertungskriterien ordnungsgemäße, umweltgerechte Bewirtschaftung, regionale Herkunft des Bewerbers, Kirchenzugehörigkeit, Pachtpreis, soziale Aspekte sind. Das ist interessant und ausbaufähig, auch wenn das mit der »Kirchenzugehörigkeit« vielleicht ein problematisches Kriterium ist.

Das Tennessee-Stromtal-Projekt des New Deal der 1930er-Jahre in den USA wird als Beispiel lebendiger Demokratie gepriesen. Ein Buch von 1944 »schildert an Hand von Tatsachen, wie die Bewohner des Tennessee-Tales ... die Aufgabe, den natürlichen Reichtum des Landes – Boden, Wälder, Erze und Wasser – zu entwickeln und zu nutzen, zu ihrer eigenen Aufgabe machen« (Lilienthal 1944, Umschlagtext). Dieses Projekt verbindet das Pathos der Gemeinnutzen mit dem des Fortschrittsdenkens. In der Gegenwart wird mit ähnlicher Begeisterung für Gemeinnutzen geworben (Helfrich 2012). Die Diskussion um die Aufwertung der Regionalität schließt sich da an. In einem Sammelband zu Commons wird 2012 die Biosphäre als Gemeinnutzen interpretiert, ebenso Bildung, Transport,

Energie und Kommunikation. Angesprochen werden das Menschenrecht auf saubere Umwelt, das Gemeinsame Erbe der Menschheit, die Institutionenvielfalt (ebd.: S. 32, 416, 433, 473).

Silke Helfrich nennt die Esskastanien (»Keschtn« heißen sie in Tirol), die an manchen Stellen der Pfalz im Herbst auf die Straßen fallen, als Beispiel für Gemeingüter (Ostrom 2011: S. 7). Sie meint, sie gehören dort niemandem und können von allen genutzt werden. Vielleicht ist das wirklich so, aber gepflanzt werden sie einst als gemeinnützige Initiative. Was für Helfrich aussieht wie ein Gemeingut, ist anderswo Grundlage für das Leben vieler Menschen. In Korsika gilt einst, dass sieben Ziegen und sieben Kastanienbäume ausreichen, um einen Menschen zu ernähren. Im Südtiroler Dorf Völlan gibt es einen Keschtn-Erlebnispfad, an dem gemahnt wird: »Die Ernte gehört dem Bauern. Respektieren Sie dies, und sammeln Sie keine Kastanien.« Gemeinnutzen muss geregelt werden.

Vieles erscheint bei den zeitgenössischen Experimenten ganz einfach, aber im Licht der historischen Erfahrungen werden Probleme erkennbar. Die aktuelle Diskussion kann gewinnen durch die Erinnerung an frühere, gar nicht so alte Verhältnisse. Das ist nötig, denn sonst kann das neue Interesse an Commons schnell sektiererhaft werden. Und diese Gefahr ist durchaus gegeben: »Heute sehe ich überall Commons«, bekennt Helfrich (Helfrich 2012: S. 30). Neue Formen des Gemeinnutzens müssen unter- oder hinterfüttert werden mit robusten Regeln, Kontrollmöglichkeiten, Institutionen und Anerkennungen auch in den Rechtsnormen des Staates (ebd.: S. 22) – mit anderen Worten: Sie müssen prägender Teil von Politik werden, so wie in der Vergangenheit geregelte und organisierte Gemeinnutzen tragender Bestandteil der Gesellschaft sind.

Für die aktuellen politischen Bewegungen gibt es ein Problem. Die Linken stehen Gemeinnutzen und Selbstorganisation oft skeptisch gegenüber, denn sie erwarten die Lösung aller Probleme vom (zukünftigen) Staat. Andere sehen in den Gemeinnutzen Formen, die in Konflikt mit den Prinzipien der Aufklärung geraten können, weil sie nicht ohne soziale Kontrolle funktionieren. Hinweise auf »vormoderne« Strukturen, auch wenn sie in der Gegenwart noch lebendig sind, werden gern in die Nähe konservativen, gar rechten Denkens gebracht. Die »Moderne« ruht auf

all diesen historischen Strukturen. Ohne sie ist sie nicht denkbar, und alle humanen und zukunftsfähigen Strukturen dieser Moderne ruhen auf diesen Fundamenten der Alltagswelt, nicht auf denen der stammeshaften, aristokratischen oder feudalen Welt. Die Traditionen passen in die aufklärerischen und humanistischen Gedankenwelten, werden von sozialistischen Denkern aufgegriffen und sind Bestandteil weltoffenen Denkens. Ihre Begrenzungen liegen nie in nationalen Dimensionen. Sie sind ohne die Prinzipien der Demokratie nicht denkbar (Schläpfi 2017b).

In vielen Initiativen und Experimenten wird über neue Formen von Gemeinnutzen und Selbstorganisation diskutiert. Einige Beispiele seien genannt. Maria Grewe stellt aktuelle Textilien-(Kleider-)Tauschpartys vor, die als Event aufgezogen werden. Sie sind trotz aller konsumkritischen Untertöne kaum mehr als eine Fortsetzung von Shopping in der Prosperitätsgesellschaft (Grewe 2017: S. 102, 131, 133), freilich mit deutlich geringerem Umsatz. Perfekt organisierte Tauschgemeinschaften können es sehr gut aufnehmen mit Start-ups der Wachstumsgesellschaft.

Ähnlich sind Repair-Cafés eine Form des Umgangs mit Überfluss. Bei ihnen gibt es deutliche Kritik an der gewollten Obsoleszenz, der bereits in der Produktion eingebauten planmäßigen Veralterung, manchmal Selbstzerstörung der Produkte (Grewe 2017: S. 146). Im Jahre 2009 gibt es in Amsterdam das erste Reparaturcafé, aus dem ein Handbuch und eine Stiftung hervorgehen. Die Cafés werden soziale Orte und Teil der Infrastruktur. Sie sind eine Form von Commons und Teil ökologischer Praxis (ebd.: S. 178, 185).

Die verschiedensten neuen Formen werden in sozialen Feldern entwickelt, wenn es um Eigeninitiativen zum Umgang mit Ressourcen und Überfluss, um den soziokulturellen Umgang mit Erscheinungen der Wohlstandsgesellschaft geht. Bei Fair Trade oder der Vermarktung von Bioprodukten geht es um sozialökologische Produktion; anders ist es beim Thema Lebensmittelretten (Grewe 2017: S. 193). Das Mülltauchen zielt auf die Rettung von ausgesonderten, aber noch genießbaren Waren aus den Abfallcontainern der Supermärkte. Die »Etablierung solcher Alternativen mache ›nur aufmerksam‹ auf die Probleme« (ebd.: S. 225). Seit spätestens 2012 wird bei Produktions- und Wertungsketten für Nah-

rungsmitteln auch von geregelter Zwangsentsorgung gesprochen (ebd.: S. 197).

Beim Kleidertausch, beim Mülltauchen, bei der geplanten Obsoleszenz wird in der Regel nicht gefragt: Welche Motive hat die andere Seite? Welcher betriebswirtschaftlichen Rationalität verdankt sich das Verhalten der Produzenten und Händler? Wie planen sie ihr Angebot, mit welchen Raten von Ladenverkauf, Outletverkauf, Sonderverkauf, Ausverkauf, Vernichtung von Überschuss rechnen die Produzenten? Wie wird das auf die Preise aufgeschlagen? Und: Wie disponieren die Einzelhändler? Und wie sieht zum Beispiel die Logistik der Nahrungsmittelindustrie aus, wie die der Groß- und Einzelhändler, wenn sie mit solchen (welchen?) Mengen von Überschuss und von nicht verkaufter Ware umgehen? Welcher Logik folgt die Datumsmarkierung? Und wie kalkulieren die Produzenten, Importeure, Groß- und Einzelhändler der Waren mit mehr oder weniger geplanten Überschüssen, damit so große Gewinne entstehen, wie man sie kennt? Wodurch wird es ihnen durch Steueranreize, Verlustvorträge und so fort erleichtert, diese Mengen von Überschussproduktion in die Welt zu setzen? Und wie kann man dem durch Regelungen vorbeugen? Welche Auflagen könnten da beim Schutz von Ressourcen helfen? Mit solchen Fragen wird es möglich, für die Zukunft konsequentere Pfade zu entwickeln und auf der politischen Ebene zu positionieren.

Eine Veröffentlichung der Böll-Stiftung von 2012 versucht, betriebswirtschaftlich exakte Bewertungskriterien zur Beurteilung der neuen Tauschformen zu verwenden (Heinrich-Böll-Stiftung 2012: S. 47, 53). Dabei besteht freilich die Gefahr, dass die soziomoralischen Zusatznutzen nicht berücksichtigt werden: Geselligkeitsorientierung wie beim bürgerschaftlichen Engagement und das Knüpfen von Netzen finden auch statt.

Es gibt viele andere Experimente. Innovative »Ökodörfer« kommen meinem alten Traum nahe, der sich bezog auf selbst wirtschaftende Landkommunen für Menschen unterschiedlichen Alters. »Sieben Linden« nennt sich eine solche Siedlung. Solche Dörfer sind ein »mutmachender Aufruf zur Mobilisierung der eigenen Kreativität und Kräfte«, mit denen Nachhaltigkeit in einem überschaubaren Raum praktiziert wird (Andreas 2015: S. 274). In Süditalien ist das Dorf Riace eine Zeit lang Bei-

spiel dafür, wie Flüchtlinge dazu beitragen, ein nahezu verlassenes Dorf wiederzubeleben. Korruption und Unregelmäßigkeiten ermöglichen es 2019 der fremdenfeindlichen italienischen Politik, dem vorerst ein Ende zu bereiten (Borri/Giorgi 2019; Meiler 2019).

Die Existenz solcher Dörfer und Projekte ist nur scheinbar von der Außenwelt unberührt. Es ist bei ihnen so wie bei dem letzten »primären« Urwald in Österreich. In ihm wurde wegen der ungünstigen Lage noch nie Holz zur Nutzung geschlagen (der Ort wird nicht gern verraten, damit nicht zu viele Leute hingehen). Aber die Luft trägt unvermeidlich Schadstoffe ein, und das Wild, das sich außerhalb vermehrt und mit dem die Bilanz durcheinandergebracht wird, hält sich nicht an die Grenzen dieses Waldes. Und so sind die Produkte und Informationen der Wachstumsgesellschaft auch in den Ökodörfern immer präsent, so wie Fernsehen, Transistorradios oder Mobiltelefone in den brasilianischen Indianerreservaten. Diese Experimente können die Politik inspirieren, aber Bestandteil einer »Transformation« werden sie erst, wenn sie von politischen Institutionen aufgegriffen und übernommen und zu einem einflussreichen Impulsgeber für alle in der Gesellschaft werden. Dann sind es wirksame und prägende neue »Pfade«.

Von »solidarischer Ökonomie« ist in der zitierten Enquete-Kommission die Rede. »Wir brauchen eine Stärkung der solidarischen Ökonomie. Hemmnisse müssen durch Politik und Verwaltung beseitigt werden. Die solidarische Ökonomie vereint den Gedanken der kooperativen Wertschöpfung und die Orientierung am Gemeinwohl statt am Profit, womit sie ökologische, soziale und finanzielle Tragfähigkeit miteinander in Einklang bringt.« (Schlussbericht 2013: S. 788). Dies ist jedoch kein Automatismus, wie sich auch bei den Genossenschaften zeigt. Wenn Menschen sich aus den scheinbaren Selbstverständlichkeiten der Marktgesellschaft verabschieden, kann das zu »molekularen Wandlungen« oder gar »modularen Revolutionen« führen (Klein 2013, Welzer 2019: S. 185). Sie können Vorstufen auf dem Weg zu einer möglichen großen Transformation werden (s. Kapitel 11.3).

9.4 Design und »Gemeinsam nutzen«

Die Chancen von Prosperität und neuen Techniken versuchen Designer schon seit Jahren zu nutzen. Sie wollen nicht nur angenehme Dinge gestalten. Inspiriert von Lucius Burckhardt und seinen Designrichtlinien, sollen Produkte gekoppelt werden mit Ansprüchen an Lebensqualität. Er stellt 1977 Kriterien für ein neues Design auf und hat, bezogen auf ein beliebiges Produkt, gefragt:

- » ♦ besteht es aus Rohstoffen, die ohne Unterdrückung gewonnen werden?
 - ♦ ist es in sinnvollen, unzerstückelten Arbeitsgängen hergestellt?
 - ♦ ist es vielfach verwendbar?
 - ♦ ist es langlebig?
 - ♦ in welchem Zustand wirft man es fort und was wird dann daraus?
 - ♦ läßt es den Benützer von zentralen Versorgungen oder Services abhängig werden?
 - ♦ privilegiert es den Benützer, oder regt es zur Gemeinsamkeit an?
 - ♦ ist es frei wählbar, oder zwingt es zu weiteren Käufen?«

(Schwarz 1983: S. 261)

Design ist eine Ebene, auf der Diskurse geführt werden, die sich zu gleicher Zeit auf Sinnstrukturen (oder sozialregulative Ideen) *und* auf materielle Komponenten des Naturstoffwechsels bzw. auf Nachhaltigkeit beziehen. Die Moralität des Designs ist einer der Zugänge, mit denen das Nachdenken über Spielräume und über Optionen stattfindet (Lengyel 1994; Eriksson 1988; IFG Ulm Hrsg. 1988). Eugen Gomringer hebt die moralische Verantwortung der Gestalter hervor: »Wer heute gestaltet, tut dies – ob es im Labor des Teams oder im verschwiegenen Atelier vor sich geht – in Verantwortung für alle Welten, in die wir diese Welt aufgeteilt haben.« (IFG Ulm Hrsg. 1989: S. 9; vgl. O. Hoffmann 1989). Auf Vernunftgründe setzt eine andere These der Designer: »Gestaltung ist ein Vorgang, der nicht untertan macht, sondern zweckmäßige Beziehungen herstellt.« (Hochschule Ulm 1987) In dieser Argumentation kann Design nicht nur

gekoppelt werden mit Sinnstrukturen, sondern auch mit Ansprüchen an Lebensqualität. Vieles ist möglich – Menschen können manches, wenn sie ermutigt werden. Die Politik hinkt außerordentlich nach. Vielleicht kommt, angeregt durch »Fridays for future« und »Extinction Rebellion«, bald ein Aufbruch.

Das Internationale Forum für Gestaltung (IFG) in Ulm orientiert sich an der Devise »Gemeinsam nutzen«. Walter R. Stahel entwickelt die »Strategie der Nutzungsschlaufen« und das Konzept »Verkauf von Nutzen statt von Produkten«. Es geht ihm um die »Strategie der Dauerhaftigkeit in einer nachhaltigen (Dienstleistungs-)Gesellschaft«, und er betont: »Dauerhaftigkeit heißt NICHT, auf Fortschritt, Komfort oder Modetrends zu verzichten, sondern neue Wege der nachhaltigen Nutzung von Gütern zu öffnen.« (Stahel 1991) Die Designer beschäftigen sich mit Vermietsystemen. Sie beinhalten »eine Rücknahme- und Entsorgungspflicht der Güter durch den Vermieter«, und sie führen zu einer »ökologisch und wirtschaftlich sinnvollen Rohstoff- und Produktstrategie ›von der Wiege zurück zur Wiege«« (Internationales Forum 1992/1993: S. 11). Im Programm »Von der Wiege zur (neuen) Wiege« (*Cradle to cradle*) werden Produkte so entworfen, dass sie am Ende ihres Lebenszyklus wieder in biologische oder technische Kreisläufe zurückfließen.

Um gemeinsames Nutzen zu optimieren, schlagen andere soziale Innovationen vor. Ein Beispiel ist das Upgrading für den »Gesellschaftlichen Treffpunkt ›Waschsalon«« (ebd.: S. 142). Petra Mangold und Holger Jahn propagieren mehrfach zu gebrauchende Verpackungen, die der Benutzer an attraktiv gestalteten »Refillstationen« mit Einkaufserlebnis wieder füllt (ebd.: S. 204).

Solche Ideen sind schon viele Jahre alt. Manches hat inzwischen den Weg in den Alltag gefunden – als Nische oder als Prinzip. Es geht also! Aber ein richtiger Aufbruch ist in Deutschland daraus nicht geworden. Im Gegenteil: Inzwischen sind afrikanische Staaten Vorreiter dabei, Plastiktüten aus dem Alltag zu verbannen. Tansania tut dies 2019, und im gleichen Jahr verbietet Ägypten Plastik an den Stränden des Roten Meeres (Plastik Atlas 2019). Warum hinkt Deutschland da so deutlich hinterher (genau wie bei der Reduzierung des Individualverkehrs, dem Ausstieg aus

der »fossilistischen Moderne« mit ihrer Fixierung auf fossile Treibstoffen und Kohlekraftwerke)?

Auf privater Alltagsebene werden in Nischen der Ausstieg aus dem Wachstumszwang und der Weg zu Nachhaltigkeit gern probiert, so auch »Collaborative Consumption« (gemeinschaftlicher Konsum), Tauschplattformen »für Wohnungstausch, Kleidertauschparties, Autogemeinschaften, Gemeinschaftsgärten, Tauschringe für Werkzeuge, Drucker, DVDs und vieles andere mehr« (Grewe 2017: S. 7). Sie gründen auf Vertrauen, aber das Internet als Vermittlungsinstanz erleichtert Kontrolle und Wertungen. »Collaborative Consumption« birgt »das Potenzial, den Ressourcenverbrauch eines jeden Einzelnen zu senken und gleichzeitig die Lebensqualität zu halten oder sogar zu erhöhen« (ebd.: S. 8). »Konsumgüter müssen intelligenter genutzt, länger in der Nutzungsphase gehalten, wieder- und weiterverwendet werden. Dienstleistungen, die ein ›Nutzen statt Besitzen‹ fördern, müssen ausgebaut werden.« Bei Fallbeispielen wie »Textilientausch, Werkzeugverleih und Chemikalienleasing« (ebd.: S. 9) zeigt sich freilich, dass mit den Rahmenbedingungen Einsparpotenziale geringer werden können: Transport, Verpackung und so fort müssen einkalkuliert werden; Billigstprodukte können ein Hemmnis für die Inanspruchnahme sein. Zu berücksichtigen sind Lebenszyklen, auf raschen Verschleiß konditionierte Produktion; es bedarf der Anreizsysteme und der Rechtssicherheit, Versicherungsmöglichkeiten eingeschlossen.

9.5 Selbstorganisation und Kreativität im Alltag und in Krisen

Es gibt neue Formen der Selbstorganisation und des »Eigenbaus« beim »Aufstand der Massen gegen die Massenproduktion« (Friebe/Ramge 2008). Beflügelt werden die Ideen des »Prosumenten«, der dank Digitalisierung Produzent und Konsument zugleich ist.

In den *sozialen Medien* und der Unterhaltungselektronik spielt Selbstorganisation eine bedeutende Rolle, etwa in der Musik. »Unabhängig von allen Begleiterscheinungen und Rückschlägen brachte es über wenige Jahre eine ganz Generation zustande, den Warencharakter von Songs zu ignorieren, die Wertschöpfungsketten zu umgehen und sich gegenseitig

mit genau den Kunstwerken des jeweiligen Geschmacks zu beglücken. Zu klären wäre auch, was an Kultur als öffentliches Eigentum im Sinne eines Allmendguts verstanden werden kann, wo aber Gefahr durch Rivalität und Übernutzung drohen.« Das schreibt Martin Wimmer aus Frankfurt am Main 2016 in einem Thesenpapier für die »Solidarische Moderne«, einer lockeren Gruppierung, die für eine gemeinsame sozialistische, ökologische und demokratische Politik von SPD, Grünen und Linken eintritt (Wimmer, unveröff. Thesenpapier 2016).

Geistiges Eigentum und Freihandel bilden ein Konfliktfeld. Beim Internet zeugen Stichworte wie »Copyleft«, »Creative Commons« und »Public Domain« im Spannungsfeld der Urheberinteressen und dem Urheberrecht von aktuellen Auseinandersetzungen. Die Fähigkeit zur Selbstorganisation ist in vielen Nischen beobachtbar. In einer Zufallsbegegnung mit einem Sprayer in Berlin, der auf dem Weg zu einem bezahlten Auftrag ist, erfahre ich im Dezember 2018: Es gibt etwa 500 Sprayer in Berlin. In der Regel werden keine Produkte (tags) von anderen übersprüht. Nur wenn man meint, deutlich besser zu sein, wagt man das. Meist sind sie signiert, und man kennt sich. Bei Verletzung dieser ungeschriebenen Regeln muss man damit rechnen, auch einmal verprügelt zu werden.

Individuen, sowohl vereinzelt als auch in Gemeinschaft, entwickeln Kreativität, wenn es um Suchbewegungen angesichts neuer Chancen oder gravierender Probleme geht. Ich nenne zwei ganz unterschiedliche Beispiele.

Dorothea Peter (Wien) beschreibt in einer Diplomarbeit, wie durch informelle Organisation eine »Freizeithüttenkolonie« im Einzugsgebiet der Dornbirner Ache (Vorarlberg/Österreich) auf den Bergmähdern der Alpe Rudach mit 24 Hütten und 56 Familien entsteht. Auf dem Gelände wurde früher die zwei bis drei Wochen dauernde Heuernte »als ein Mittelding zwischen Arbeits- und Freizeit« empfunden. Angeregt durch benachbarte Ferienkolonien und durch die Naturfreunde, entwickeln die Nutzungsberechtigten dann mit Mühen, Tricks und Nachbarschaftshilfe eine Kolonie, die (wie Schrebergärten oder Datschen in der DDR) bei-läufig und »kostengünstig« entsteht. »Kommunikation und Geselligkeit, Feste sind eingeschlossen.« Immer gibt es eine Spannung zwischen Wün-

schen nach Komfort und nach Bewahrung der Idylle. Nur gelegentlich gibt es Initiativpersonen, die zum Beispiel Wegebauarbeiten initiieren. »Aber wer zuviel Initiative ergreift, der handelt sich das Schimpfwort ›Bürgermeister‹ ein.« (Peter 1996: S. 136) Die Müllsammlung wird mit sozialer Kontrolle geregelt. Die Suchbewegungen der Nutzer gestalten die konkreten Nutzungsformen. Die Behörden stören das Projekt nicht; sie halten sich zurück und dulden die freie Selbstorganisation.

Ganz anders ist bei Staatsversagen Kreativität zum Überleben gefragt. Ebenfalls in einer Wiener Diplomarbeit beschreibt Matthias Beitzl 2007 die Neuformung einer landwirtschaftlichen Sowchose mit den ihr zugehörigen Dörfern in der Ukraine nach der Auflösung der Sowjetunion. Es ist eine Situation, wo »der Alltag eine Durchmischung von industrieller Selbstverständlichkeit und subsistenzökonomischer Realität« verlangt (M. Beitzl 2007: S. 9). Die aktuelle Situation in dieser Landwirtschaft ist »Resultat der Zerstörung gewachsener Strukturen und zugleich deren Ersatz durch ein Wirtschaftssystem ..., in welchem der ›Faktor Mensch‹ im Verlauf seiner historischen Entwicklung gewissermaßen nie mitgedacht wurde« (ebd.: S. 81). Die Frage nach dem »Faktor Mensch« ist die nach der kulturellen Verfasstheit der jeweiligen Gemeinschaft, ihrer ideellen Lebensgrundlage und ihrer Werte. Die neue Situation erfordert Kreativität. »Die Zwangskollektivierung hat der bäuerlichen Bevölkerung das genommen, was einmal den Kern ihrer Lebensweise ausgemacht hat.« (Ebd.)

Edit Fél und Tamas Hofer haben in jahrzehntelanger Forschung in dem ungarischen Dorf Átány genau diese traditionelle Lebensweise analysiert, nicht aber (oder nur ganz peripher) den Wandel durch die Kollektivierung (Fél/Hofer 1972). Diesen Wandel thematisiert Matthias Beitzl. Mentalitäten und Wertvorstellungen verändern sich bei dieser ukrainischen ländlichen Bevölkerung ohne Bezug zu »ausländischen Entwicklungen«, vermutet er in seiner Studie, trotz der Nutzung von Fernsehen und Video. Die in den westeuropäischen Staaten seit den 1950er-Jahren eingetretene marktgeleitete vollständige Veränderung der ländlichen traditionellen Strukturen ist kaum weniger folgenreich: Die ehemals landwirtschaftlich geprägten Dörfer haben sich nachdrücklich verändert. In der Sowchose

in der Ukraine geht dieser Wandel einher mit Elementen der »Refeudalisierung«, konkret: deutlich ungleicher Verteilung von Ressourcen und Privilegien, begünstigt durch bereits vorher angelegte Unterschiede der Machtverteilung (Beitl 2007: S. 97). Angewandt werden alle möglichen Praktiken am Rande der Legalität oder jenseits von ihr: Die Subsistenzökonomie kommt ohne diese nicht aus; alle dulden es, die ordnende Staatsgewalt ist weit weg.

Manches ändert sich. Tierische Zugkraft ist wichtig, seit Benzin und Diesel teure Mangelware sind, und es gibt mehr solche Umwertungen oder Neubewertungen im Alltag. Mehr und mehr werden Menschen hinter den Strukturen erkennbar. Familie, Nachbarschaft, Tagesablauf, Kochen, Hygiene – alles erscheint subsumiert unter dem Label einer Wirtschaft, die mit Elementen der Subsistenz das Überleben sichert. Das geschieht mit den schon zu Zeiten vor der Wende unentbehrlichen, jetzt überlebenswichtig gewordenen Nebengewirtschaften, den kleinen privat bestellten Parzellen. Auf ihnen basiert in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre zunehmend die Überlebenssicherung der Haushalte (ebd.: S. 154 f.). Oft genug werden davon auch noch die Verwandten in der Stadt beliefert – Stadt und Land müssen sich gegenseitig unterstützen.

Beide Beispiele zeigen, wie Menschen sich dauerhaft (damit tendenziell nachhaltig) mit den vorgegebenen prinzipiell nicht wachstumsfähigen Strukturen selbst organisieren und zurecht kommen: Weder die Alpe Rudach kann erweitert werden noch die Fläche der Sowchase. Und sie schaffen sich mit ihren selbstorganisierten Ressourcen Lebensqualität und Zukunftschancen.

9.6 Lebensplätze statt Arbeitsplätze: der informelle Sektor

Die in Familien, Dörfern, Städten, Korporationen und Zünften gemeinschaftlich lebenden Individuen haben in der früheren Ständegesellschaft ihren je spezifischen, durch den Stand vorbestimmten Platz für ein Leben in eigener Würde, Lebensqualität und ihre Chance auf Überlebenssicherung gefunden. Die späteren Verfassungen billigen allen Menschen gleiche Rechte und Pflichten zu. Wenn die alten Formen nicht mehr existie-

ren, müssen die Menschen ihren Platz neu definieren. Die männlichen »Familienernährer«, von denen Frauen und Kinder abhängig sind, finden dann diesen Platz in der selbstständigen oder abhängigen Erwerbsarbeit. Aber auch wenn sie ohne Arbeitsplatz sind, lassen die Menschen sich ihr Recht auf Leben in Würde nicht nehmen. Dafür steht nicht nur das Recht auf Faulheit (Kapitel 7.4), sondern auch der informelle Sektor jenseits der Erwerbsarbeit.

Für die Existenzsicherung sind Subsistenzarbeit, Erwerbsarbeit und gemeinschaftliche Arbeit verantwortlich (s. Kapitel 4.3). An vorderster Stelle steht nicht die Erwerbsarbeit, sondern die Subsistenz. Bei der Subsistenzsicherung spielt der *informelle Sektor* eine Rolle. Für das Lexikon ist »informeller Sektor« die Bezeichnung für »traditionelle und ungeschützte Wirtschaftsbereiche in Entwicklungsländern, die u. a. gekennzeichnet sind durch arbeitsintensive Produktion, einfache Techniken, geringe berufliche Qualifikation, kleine Betriebsgrößen, Verarbeitung einheimischer Rohstoffe, Fehlen von arbeits- und sozialrechtlichem Schutz, vergleichsweise schlechte Bezahlung und Arbeitsbedingungen« (Lex. Brockhaus Enzyklopädie, 19. Aufl., 1989, Art. Informeller Sektor, S. 498 f.). Aber nicht nur in armen Ländern außerhalb von Europa spielt der informelle Sektor eine Rolle. »Schattenwirtschaft« ist die in Mitteleuropa gern verwendete Bezeichnung für diese Sphäre.

Eigenarbeit ohne festes Erwerbsarbeitsverhältnis und für den eigenen Bedarf ist oft viel zeitaufwendiger als vergleichbare Tätigkeiten im Erwerbsbereich. Das gilt für die Garten- und Landwirtschaft ebenso wie für Handwerk oder Dienstleistungen. Aber warum auch nicht? Wenn die volle Ausnutzung der Arbeitskraft bei einem Arbeitslosen oder einem Rentner nicht nachgefragt wird, ist solche Arbeit auch bei niedriger Produktivität für die Individuen vorteilhaft: Wenn ein Rentner mit seiner Hände Arbeit etwas schafft, für das er sonst Geld von seiner geringen Rente aufwenden müsste, ist es ihm nicht so wichtig, wie viel Zeit er dafür braucht – davon hat er ohnehin genug. Seinen *Lebensplatz* kann er damit sichern. Einen solchen zu beanspruchen steht für Lebensqualität und für Einzelgerechtigkeit statt Wachstum und das ist nur möglich, weil es ein *Genug* gibt.

Der informelle Sektor ist in der üblichen Wirtschaftspolitik ebenso wie in den Modellen für Entwicklung nicht vorgesehen. Nur die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization ILO, eine Unter- und Vorläuferorganisation der UN) beachtet ihn seit den 1970er-Jahren. In Lateinamerika sind die Analytiker des informellen Sektors und des Informellen Urbanen Sektors (IUS) erstaunt darüber, dass er nicht nur als Warteschleife für den Einstieg in den formellen Sektor betrachtet wird. Wie ein Tabu wird es behandelt, dass manche Menschen freiwillig in diesem Sektor bleiben (Pries 1996). Mit diesem informellen Sektor entwickeln sich Parallelwelten: Neben die formal organisierten Sphären treten die informellen. Alle theoretischen, sozialpolitischen und pragmatischen Bedenken, wie sie gern von Gewerkschaften geäußert werden, ändern nichts daran, dass in der Praxis bei uns und mehr noch anderswo viele Menschen sich so arrangieren. Der informelle Sektor gehört zur großen Normalität. Sein indirekter Beitrag zum Bruttosozialprodukt ist beträchtlich. Aber viel wichtiger ist, dass er für die Individuen mehr zur Lebensqualität beitragen kann als ein schlechter Arbeitsplatz.

In manchen Phasen der Gesellschaftsentwicklung ist der Vollerwerbs-Familienernährer-Arbeitsplatz nicht die Regel. Repräsentieren dann die Menschen neue zukunftsfähige Lebensformen, wenn sie unter für sie einigermaßen befriedigenden Bedingungen im informellen Sektor oder in einem Mix von Lebenserwerbsstrategien (postmodernen Wirtschaftsstilen) leben? Bedeutet das die Wiederentdeckung der Erfahrung, dass Leben nicht im Dienst an einem selbstzweckhaften Wachstum seinen Sinn findet (wie in der neoliberalen Fortschrittsideologie von Hayek, s. Kapitel 8.3)? Sind solche Lebensformen mehr als ein »gewohnheitsmäßiges Nichtverhungern«, wie es die Sozialreformer des 19. Jahrhunderts den schlesischen Webern zubilligen? (Kuczynski 1980 3: S. 103)

Auch der informelle Sektor braucht den Staat. Wenn das staatliche Gewaltmonopol zerbricht, dann hat der informelle Sektor keine Chance. Und aller Jubel über die modische Deregulierung der Arbeitsverhältnisse ändert nichts daran, dass für die Nutzung der menschlichen Arbeitskraft Regeln bestehen und eingehalten werden müssen. Vielleicht zwei Drittel der Weltbevölkerung haben keine festen Arbeitsplätze im gewohnten

Sinne, wohl aber Plätze, an denen sie mehr oder weniger ausreichend und mehr oder weniger in eigener Würde leben können – vielfach eher als bei einem schlecht bezahlten Arbeitsplatz, der auch Armut durch Arbeit bedeuten kann.

Ein solcher Lebensplatz ist gleichzeitig *mehr* und *weniger* als ein Arbeitsplatz. Er ist *mehr*, wenn zu seiner Qualität nicht nur materielle Sicherheit (im Rahmen der jeweiligen kulturspezifischen Standards) gehört, sondern auch ein befriedigendes Maß an Souveränität über die eigenen Lebensverhältnisse und die Anerkennung der Würde der Persönlichkeit wie der Menschenrechte. Er ist *weniger* als ein Arbeitsplatz, weil er den (mehr oder weniger) sicheren Lebensunterhalt für das Individuum und die Familie nicht, wie im klassischen Muster der Industriegesellschaft, aus einem festen gesicherten Arbeitsplatz bezieht.

Das »Normalarbeitsverhältnis«, meint Gerhard Scherhorn, »hat den allgemeinen Wohlstand nicht nur gefördert, es hat ihn in bestimmter Hinsicht auch gefährdet, weil es die Möglichkeiten der Selbstversorgung fast auf null reduziert hat. Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß der Markt der Gesellschaft besser dient, wenn die Menschen nicht vollständig von ihm abhängig sind.« (Scherhorn 1997: S. 164; vgl. Polanyi 1978) Deshalb soll die Diskriminierung des informellen Sektors beseitigt werden. Sinnvoll ist eine »planvolle Stärkung der informellen Produktion« mit Eigenarbeit und Subsistenz sowie mehr Eigenständigkeit der Regionen. Die »hoffnungsvollen Perspektiven ... von der Gemeinschaftsarbeit über die immateriellen Güter bis hin zu der völligen Neubewertung des informellen Sektors«, die Scherhorn nennt, sind für den Manager Hans Günter Danielmeyer »natürliche Fortsetzung« seiner eigenen Überlegungen über die Grenzen des ökonomischen Wachstums. Er sagt: Die Industriegesellschaft hat bei uns »schon im wesentlichen erreicht ..., was sie sollte und konnte«. Deshalb ist eine »neue Vorlage« mit »gesellschaftlichen Innovationen vom Kaliber der bisherigen technisch-organisatorischen« nötig (in: Weizsäcker 1997: S. 170). Das wird nicht ohne eine neue mentale Infrastruktur, eine neue Kultur gehen.

Vielleicht verbirgt sich in diesem »informellen Sektor«, den »glücklichen Arbeitslosen« (s. Kapitel 7.6) und anderen Initiativen, eine beson-

dere Leistung, ein spezifischer Beitrag der zeitgenössischen Prosperitätsgesellschaften zu neuen Strukturen, die dem alten Adam und seiner Familie das Überleben jenseits aller Umerziehungsversuche möglich gemacht haben: Sie zeigen: Leben ist ohne selbstzweckhaftes ständiges Wachstum möglich, und es beinhaltet dabei unter Berücksichtigung eines Genug auch Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit.

9.7 Molekulare Wandlungen und Reformklima

- »Das Wehen der Luft, das Rieseln des Wassers, das Wachsen des Getreides, das Wogen des Meeres, das Grünen der Erde, das Glänzen des Himmels, das Schimmern der Gestirne halte ich für groß: das prächtig einherziehende Gewitter, den Blitz, welcher Häuser spaltet, den Sturm, der die Brandung treibt, den feuerspeienden Berg, das Erdbeben, welches Länder verschüttet, halte ich nicht für größer als obige Erscheinungen, ja ich halte sie für kleiner, weil sie nur Wirkungen viel höherer Gesetze sind.« ... »Wir wollen das sanfte Gesetz zu erblicken suchen, wodurch das menschliche Geschlecht geleitet wird. Es gibt Kräfte, die nach dem Bestehen des Einzelnen zielen. Sie nehmen alles und verwenden es, was zum Bestehen und zum Entwickeln desselben notwendig ist. Sie sichern den Bestand des Einen und dadurch den aller.« (Adalbert Stifter [1805–1868]: Vorrede zu den Novellen »Bunte Steine« [1852], Stifter 1982; Stifter verteidigt sich damit gegen Grillparzer, der ihm vorwirft, keine »großen Themen« zu behandeln.)

Tim Jackson sucht ein »Regierungsmodell für den Wohlstand« (Jackson 2011: S. 155). Es soll die Grenzen für das Wachstum und neue Definitionen von Wohlstand, Lebensqualität und Entwicklung berücksichtigen und den Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft ermöglichen. Das ist ein sozialkulturelles Programm – nur mit Bezug auf Werte und Standards lässt sich Wohlstand definieren. Der Staat spielt eine wichtige Rolle. Er kann für Individuen und Wirtschaft gesellschaftliche »Instrumente zur Selbstverpflichtung« entwickeln (ebd.: S. 158), eingeschlossen verpflichtende Regeln. Jackson betont die Rolle der Politik: »Ohne starke Führung

Wir müssen! Wir sollen! Wir dürfen nicht! Solche Aufforderungen gibt es zu viele, wenn es um die Zukunft geht. Dieses Buch wagt einen anderen Blick: Menschen können!

Die Suche nach Lebensqualität, der Wunsch nach einer lebenswerten Zukunft für sich selbst und die Enkel und die Einsicht, dass es ein Genug gibt – das sind für viele Menschen zentrale Motive ihres Handelns.

Dieter Kramer zeigt mit dem Blick in die Vergangenheit: Menschen können zu allen Zeiten mit Mangel ebenso umgehen wie mit Reichtum, sie können gemeinsam und nachhaltig wirtschaften. So sind sie auch in der Lage, Wege zu Nachhaltigkeit und zu einer sozialökologischen Wende zu beschreiten – wenn sie von der Politik eingeleitet wird.

Professor Dieter Kramer wurde 1940 in Rüsselsheim am Main geboren. Der Europäische Ethnologe hat in Marburg, Wien, Graz, Salzburg und Innsbruck gelehrt, war im Kulturdezernat der Stadt Frankfurt am Main sowie am Münchner Goethe-Institut tätig und von 1990 bis 2005 Oberkustos des Frankfurter Museums für Völkerkunde. Er wirkte unter anderem als Sachverständiger in der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestags.

 **oeekom**

28,00 Euro [D]
28,80 Euro [A]
www.oeekom.de

